

Artensterben: Wie grüne Doppelmoral den deutschen Wald zerstört*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 16. August 2021

Dagmar Jestrzemiński (Red. PAZ)*

Während einerseits für den „Klimaschutz“ massiv aufgeforstet wird, zerfurchen gigantische Windkraftanlagen andernorts artenreiche Waldbiotope.

Doch langsam formiert sich Widerstand.

=====

Im Rahmen eines Grußwortes zum 30-jährigen Bestehen der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) wies Bundeskanzlerin Angela Merkel am 1. März zum wiederholten Mal auf die Bedeutung des Naturschutzes hin. Der Rückgang der Artenvielfalt müsse aufgehalten werden. Bemerkungen wie diese beinhalten stillschweigend eine kalte Doppelbödigkeit, da die deutschen Wälder offiziell für die Errichtung von Windparks freigegeben wurden und damit unsere wertvollsten Naturschätze, Kohlenstoffspeicher und Klimaanlage.

Vorgeblich aus öffentlichem Interesse, realiter aber zugunsten gewinnorientierter Unternehmen und Investoren, dürfen in diesen Lebensräumen mit unersetzbaren Funktionen und einer weit größeren Artenvielfalt und Populationsdichte als in den offenen Landschaften Tausende Windräder der neuen Generation von mehr als 200 Metern Höhe errichtet werden. **Das geltende Tötungsverbot wird zwangsläufig in noch größerem Maße unterlaufen als bisher schon im Namen der Windindustrie: durch den Schlag von Vögeln, Fledermäusen und Insekten und durch den Druckabfall hinter den Rotoren (Durchmesser bis 150 Meter), der zum Tod der Tiere durch geplatzte Lungen und innere Organe führt.** Nicht von ungefähr wird die Zahl der getöteten Individuen in den bereits mit Windkraftanlagen bestückten Wäldern absichtlich nicht untersucht oder bekannt gegeben.

Einerseits massive Aufforstung – andererseits großflächige Rodungen auch in gesunden Wäldern: **Kein anderes Land der Welt handelt im Namen des Klimaschutzes so rücksichtslos und widersinnig wie Deutschland.** Es kann doch nicht weit her sein mit der Liebe der Deutschen zum Wald. Sonst würden wohl überall im Land Bürger dagegen auf die Straße gehen.

Bürger kämpfen um ihren Wald

Südlich von Berlin haben sich Einwohner der aus insgesamt zehn

Ortsteilen bestehenden Stadt Zossen (Kreis Teltow-Fläming) sowie aus den Mittenwalder Ortsteilen Töpchin und Motzen (Kreis Dahme-Spreewald) zum Naturschutzverein Freier Wald Zossen e.V. zusammengeschlossen. Sie wollen verhindern, dass der Windkraftbauer Enercon und sein Projektpartner, das in Kallinchen (Stadt Zossen) ansässige Unternehmen Energiequelle, im 1871 Hektar großen Waldgebiet Zossener Heide südlich von Berlin einen Windpark errichtet. Vor zehn Jahren sollte das Gebiet Zossener Heide-Wierachteiche als Landschaftsschutzgebiet zur naturnahen Erholung ausgewiesen werden.

Doch das Vorhaben des Landkreises scheiterte am Regionalplan Havelland-Fläming, durch den der Wald zum Windvorranggebiet herabgestuft wurde. Unbegreiflich für die ortsansässigen Naturschützer, denn auf dem früheren russischen Truppenübungsplatz hat sich seit Mitte der 90er Jahre ein vielfältiges Mosaik aus Kiefern-mischwäldern, Birken- und Eichenwäldern sowie Espengruppen mit Lichtungen und Totholz entwickelt. Die geschützten Biotop sind durch eine beeindruckende biologische Vielfalt gekennzeichnet.

Das über der Zossener Heide schwebende Damoklesschwert hat den Dorfgemeinschaften nicht gutgetan. Wie überall spaltet auch hier die Windkraft die Gemeinden. Mit den so wohltuenden Waldspaziergängen in unberührter Natur wäre es aus und vorbei. Und das, was den Bürgern als notwendiger Beitrag zum Klimaschutz dargestellt wird, ist bei näherer Betrachtung mit einem ungeheuren Ressourcenverbrauch verbunden. Die „Monster“ würden hoch über die Bäume hinausragen. Für jede Anlage einschließlich der Zufahrtswege müssten 1,5 Hektar Wald gerodet werden. **Moderne Anlagen benötigen ein Fundament von 1500 Kubikmetern Beton, verbaut mit 180 Tonnen Stahl. Große Teile des Turms werden mit Zement hergestellt. Insgesamt hat das Fundament ein Gewicht von 3500 Tonnen, und ein Turm ist 2800 Tonnen schwer.**

Gericht bestärkt den Widerstand

Das für den Windpark vorgesehene Gebiet am dicht besiedelten Südring von Berlin liegt in einer unzerschnittenen Waldfläche inmitten von Naturschutz-, Flora-Fauna-Habitat- und Landschaftsschutzgebieten. Zusammen bilden die Flächen einen überregional bedeutsamen Groß-Biotopkomplex mit hohem Naturentwicklungspotential und unersetzbaren Funktionen im Landschaftshaushalt mit Puffer und Filterwirkungen. Sie sind somit ein Garant für die Grundwassererneuerung und -speicherung.

Im Sommer 2013 hatte ein Gutachten über den Fledermausbestand in der Zossener Heide ergeben, dass dort 14 von 19 in Brandenburg vorkommenden Arten beheimatet sind. Damit gehört das Areal zu den fledermausreichsten Gebieten in Brandenburg. Der Wald ist heute Lebensraum von 80 Brutvogelarten mit bemerkenswerten Beständen seltener und bedrohter Vertreter der Großvogelfauna. Hier leben zahlreiche Schwarzspechte, Heidelerche, Ziegenmelker, Rot- und Schwarzmilane sowie See- und Fischadler.

Die Argumentation der Windpark-Interessenten zielte dennoch darauf ab, den Wald durch ein Gefälligkeitsgutachten als „nicht einzigartig“ und damit als nicht erhaltenswert einzustufen. Zynischer kann man ein artenreiches Ökosystem wohl kaum herabwürdigen – und sich andererseits bei der „taz“ erfolgreich als „Öko“ verkaufen. Das erkannte auch das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg, das den Umweltschützern von Freier Wald Zossen 2017 und 2018 recht gab. Diese hatten wiederholt auf streng geschützte Arten hingewiesen und die angefangene Rodung eines Waldstücks beanstandet. Die Stadt Zossen bleibt jedoch bei ihrer Ausweisung eines Waldgebietes von 328 Hektar für eine bisher noch nicht bekannte Anzahl von Windrädern. Es winken hohe Gewerbesteuerereinnahmen. Von 300.000 Euro pro Windrad auf 20 Jahre gerechnet ist die Rede.

Ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 4. März bestärkte den bisherigen Ansatz, dass Windparks auch künftig zum Schutz einzelner Tiere verhindert werden können. Damit wird das bestehende Tötungsverbot bestärkt, und der von der Windbranche gewünschte neue Ansatz, bei Windparkprojekten nur die Populationsgefährdung zu berücksichtigen, wurde verworfen. Das Urteil dürfte Windinvestoren als Warnung dienen, desgleichen weitere Urteile des EuGH, die im Zusammenhang mit der Biodiversitätsstrategie des „European Green Deal“ zu erwarten sind.

=====

)* Anmerkung der EIKE-Redaktion :

Dieser Aufsatz ist zuerst erschienen in der **Preußischen Allgemeinen Zeitung**; 13. August 2021, S.12; EIKE dankt der PAZ-Redaktion sowie der Autorin **Dagmar Jestrzanski** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme, wie schon bei früheren Artikeln :

<https://www.preussische-allgemeine.de/> ; *Hervorhebungen im Text*: EIKE-Redaktion.

=====

Klimapolitik mit allen Tricks*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 16. August 2021

Beat Gygi (Red. WELTWOCHE Zürich)*

Der Weltklimarat treibt sein Marketing auf die Spitze, um

Alarmstimmung zu verbreiten.

Er geht zu weit.

=====

====

Der Alarm hallt nach; zu Wochenbeginn ist er losgegangen, als der **Uno-Weltklimarat** den neuesten Bericht zum Zustand der Welt vorstellte. In einer grossen Online-Medienkonferenz führte der Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) dem Publikum vor, wie schlimm es um das Klima stehe. Immer wieder habe der IPCC gewarnt, aber jetzt sei die Erde wirklich in Not, x-mal kam diese Botschaft über den Bildschirm. Es war eine *erstklassige Verkaufsveranstaltung*, auch für die grosse Uno-Klimakonferenz im November in Glasgow, die Medien geben jetzt den Alarm millionenfach schrill weiter.

Grell war der Kontrast: Die Medienkonferenz bot vor allem emotionale Appelle, dramatische Darlegungen von Klimaexpertinnen, die Ohren öffnen müsse man, nichts zu tun, sei viel teurer, als sofort zu handeln, man sei schon mitten im Klimawandel, der sich beschleunige. Die inhaltliche Grundlage des Auftritts dagegen war kühle Wissenschaft, die Exaktheit ausstrahlen soll: der Bericht «Climate Change 2021» der Arbeitsgruppe I des IPCC.

Abwegiges Extremszenario

Deren Aufgabe ist es, die physikalischen, wissenschaftlichen Grundlagen des Klimawandels, den Wissensstand der Welt darzustellen, etwa zu CO₂-Kreislauf, Temperatur, Meeresspiegel. Es ist die sechste Berichtsrunde des IPCC seit seiner Gründung 1988. Die ganze vorige Woche hatten über 700 Teilnehmer online Unterlagen und Formulierungen ausgeknobelt. Das Produkt ist jetzt die von den Regierungen abgesegnete, fast 4000-seitige Sammlung von Informationen zum Klima. Die Schweizer Delegation führte Chef-Umweltwissenschaftler José Romero vom Bundesamt für Umwelt an.

Daneben befasst sich die Arbeitsgruppe II mit Auswirkungen des Klimawandels, Anpassungen und Verwundbarkeit, und die Gruppe III hat das Thema «Milderung des Wandels». Das tönt trocken, machte jetzt aber einen Marketing-Trick möglich: Dieses Mal frisst die Arbeitsgruppe I über den Hag ins Gebiet II und macht Folgen des Klimawandels wie Extremereignisse, Hitze, Trockenheit, Stürme, Feuer zum Thema. Häufigkeiten und Intensitäten seien am Steigen, heisst es, gierig nehmen die Medien das auf.

Damit hat die Verkaufsorganisation IPCC ihr Problem gelöst, dass sie im Spezialbericht von 2012 einen Zusammenhang zwischen Extremereignissen und Erderwärmung noch verneint hatte. Jetzt ist das Problem weg, **jetzt kann jedes Unwetter mit dem Klima in Bezug gebracht werden, und zwar mit Hinweis auf den IPCC, da ist eine Lawine zu erwarten.**

Das Spektakuläre war nötig, weil die neuen IPCC-Prognosen zur Temperaturentwicklung nicht dramatisch wirken. Dass die Durchschnittstemperatur der Erde gegenüber den 1850er Jahren um 1,1 Grad gestiegen ist, **unterscheidet sich wenig vom Bericht von 2013, und auch für die nächsten Jahrzehnte sind die realistischeren Szenarien in der Prognose wenig spektakulär – abgesehen von einem abwegigen Extremszenario mit enormer Erhitzung.**

Unangenehm war für den Klimarat auch, dass seine wissenschaftlichen Klimamodelle laut Beobachtern zum Teil völlig widersprüchliche Ergebnisse lieferten und unbrauchbar waren. Der IPCC verspricht nun, man habe die Modelle verbessert – und alles in allem bleibt der Bericht bei der alten Drohkulisse, dass im Laufe dieses Jahrhunderts die Erwärmung um 1,5 oder 2 Grad überschritten werde, wenn die CO₂-Emissionen nicht drastisch gedrosselt würden.

Eine ganze Periode wurde gestrichen

Dass die ausgewiesene Temperatursteigerung überhaupt zustande kommt, hängt mit einem besonderen Marketing-Kniff zusammen, der seit je Teil der Geschäftsgrundlage des IPCC ist, aber in der breiten Öffentlichkeit wenig zur Sprache kommt: Gemessen wird nämlich seit der Zeit um 1850, als die sogenannte Kleine Eiszeit zu Ende ging, eine lange Kälteperiode, die in Europa unwirtliche Lebensbedingungen mit karger Landwirtschaft bedeutet hatte. Da der Anfangspunkt auf den kältesten Punkt der jüngeren Vergangenheit gelegt wird, kann der IPCC eine viel steilere Temperaturentwicklung darstellen, als wenn der Durchschnitt über ganz lange Perioden als Vergleich dienen würde. Diese Verzerrung hat sich verfestigt.

Neu kommt aber offenbar eine ganz **kühne Art der Vergangenheitsmanipulation** hinzu. Fritz Vahrenholt, promovierter Chemiker, Honorarprofessor an der Universität Hamburg und zusammen mit dem Wissenschaftler Sebastian Lüning Autor des Buches «Unerwünschte Wahrheiten» (2020), kritisiert am IPCC-Bericht gleich die allererste Grafik in der Zusammenfassung für Politiker. Diese Grafik bildet den Temperaturverlauf auf der Erde in den zurückliegenden 2000 Jahren ab und zeigt einen vom Jahr 1 bis etwas nach 1850 einen leicht sinkenden Trend, dann dreht die Kurve nach oben. Wie ein Hockeyschläger.

Wo ist das Problem? **Der Klimarat**, so Vahrenholt, habe **die mittelalterliche Wärmeperiode von 900 bis 1200 einfach aus dem Klimabericht und damit aus dem Klimagedächtnis gestrichen**. So könne er nun behaupten, dass es seit 125 000 Jahren noch nie so warm gewesen sei wie in jüngster Zeit. Tatsächlich, im IPCC-Bericht von 2013 findet sich noch eine ganz andere Darstellung, in der die Temperaturen zwischen 900 und 1200 ähnlich hoch sind wie vor dem Jahr 2000. Man muss sagen: **Diesen Hügel zu beseitigen, ist nicht mehr einfach nur Marketing.**

=====

)* *Anmerkung der EIKE-Redaktion* :

Dieser Artikel ist zuerst erschienen in der WELTWOCHEN Zürich : | Die Weltwoche, Nr. 32 (2021)| 12. August 2021 ; EIKE dankt der Redaktion der WELTWOCHEN und dem Autor **Beat Gygi** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme des Beitrages, wie schon bei früheren Beiträgen : <http://www.weltwoche.ch/>; *Hervorhebungen und Markierungen v.d. EIKE-Redaktion.*

=====

Warum „Klimaschutz“ nichts bringt*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 16. August 2021

Wolfgang Kaufmann (Red. PAZ)*

Flutkatastrophe: Statt größenwahnsinnig „Erderwärmung“ verhindern zu wollen, sollte die Politik die beschränkten Ressourcen lieber dazu nutzen, das Land auf Unwetter besser vorzubereiten. Das Klima ist nicht signifikant menschenunfreundlicher geworden. Das Klima lässt sich nicht wesentlich vom Menschen beeinflussen.

=====

Dass die diesjährige Flutkatastrophe in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz derart folgenschwer und opferreich ausfiel, lag nicht in erster Linie am Wetter oder am Klima, sondern – wie auch schon oft in der Vergangenheit – am menschlichen Machbarkeitswahn. So haben sich zunehmend mehr Menschen in Gebieten angesiedelt, die aufgrund von geographischen Besonderheiten sichtlich überflutungsgefährdet sind.

Das zeigt das Beispiel des Ahrtales. Dessen steile Hänge bestehen aus Schiefergestein, das fast komplett wasserundurchlässig ist. Deshalb gab es hier schon am 30. Mai 1601 und am 21. Juli 1804 sowie am 12./13. Juni 1910 verheerende Flutereignisse mit unzähligen Toten. Dennoch wuchsen die Ortschaften im Tal kontinuierlich weiter.
Menschlicher Machbarkeitswahn

Der Machbarkeitswahn zeigt sich auch darin, dass statt großzügig in die Katastrophenvorsorge und unmittelbar wirksame bauliche Maßnahmen gegen Hochwasser zu investieren, die knappen Ressourcen immer stärker für den „Klimaschutz“ eingesetzt wurden. Sollte es den Klimawandel tatsächlich geben, wäre der Mensch besser beraten, sich darauf zu konzentrieren,

dessen Folgen abzumildern, anstatt Unsummen für den größenwahnsinnigen Versuch zu verschwenden, die Temperatur der Erdatmosphäre nach unten zu korrigieren. Denn deren Steigen oder Sinken resultiert aus vielen nicht zu beeinflussenden Faktoren wie beispielsweise der Sonnenaktivität und keineswegs nur aus der menschlichen Kohlendioxidproduktion.

Aber genau die soll nun die „Erderwärmung“ und damit auch die diesjährige Flutkatastrophe verursacht haben. Und deswegen müsse man den Kampf gegen den Klimawandel intensivieren und den Kohlendioxidausstoß noch drastischer reduzieren, so die nahezu einhellige Botschaft der Politik und der staatsnahen Medien. Das entsprechende Narrativ lautet folgendermaßen: Mehr Wärme führe dazu, dass mehr Wasser verdunste und in die Atmosphäre gelange. Dieses Wasser komme dann wieder herunter. Parallel erwärme sich die Arktis und deswegen schwinde die Temperaturdifferenz zwischen Nordpol und Äquator. Das habe eine Abschwächung des Jetstreams zur Folge, also der Höhenströmung, welche die Hoch- und Tiefdruckgebiete normalerweise recht zügig von West nach Ost verschiebe. Daher könne dann mehr Regen an ein und derselben Stelle fallen.

Deutscher Wetterdienst

Doch so einfach, wie dies klingt, ist es nicht. Deshalb konstatierte der Diplom-Meteorologe Andreas Friedrich vom Deutschen Wetterdienst schon kurz nach der Katastrophe: **„Ein solches regionales Unwetter ist ein Einzelereignis, das ist Wetter. Die Behauptung, der Klimawandel ist schuld, ist so nicht haltbar.“** Und tatsächlich gibt es einige gewichtige Argumente dafür, dass das, was nun in den beiden Bindestrichstaaten passierte, eine der ewigen Launen der Natur darstellte und durch keine noch so ambitionierte Klimaschutzmaßnahme zu verhindern gewesen wäre. Zum Ersten sind stationäre Tiefdruckgebiete über Mitteleuropa ein uraltes Phänomen, das seine Ursache in den Temperaturdifferenzen zwischen dem kühlen Meer und der wärmeren Festlandfläche hat. Stärke und Richtung des Jetstreams spielen hierbei nur eine sehr untergeordnete Rolle.

European Geosciences Union

Zum Zweiten zeigen die Statistiken keine sichtbare Zunahme von Hochwassern entlang der mitteleuropäischen Flüsse seit dem Jahre 1500. Und die schlimmsten Überflutungen fanden hierzulande bereits in vorindustrieller Zeit statt, nämlich 1342 und 1501. Dazu passt das Resümee von Wissenschaftlern der European Geosciences Union nach einer Untersuchung sämtlicher Flutereignisse ab 1970: Es gibt **„keine nachweisbaren Anzeichen eines vom Menschen verursachten Klimawandels bei ... Hochwasserschäden in Europa.“** University of New South Wales

Zum Dritten vermeldete der Deutsche Wetterdienst angesichts der aktuellen Flutkatastrophe im Widerspruch zu den Aussagen der öffentlich-rechtlichen Medien und Politiker: **„Seit 1951 hat sich die Anzahl der**

Tage pro Jahr mit Starkniederschlag von mehr als 30 mm in Deutschland geringfügig und nicht signifikant erhöht.“ Der Leiter der Abteilung Klimaüberwachung beim DWD, Florian Impery, ergänzte: „Wir sehen in den Beobachtungsdaten für Mitteleuropa für den Herbst, Winter und das Frühjahr ... eine Zunahme der Starkniederschlagsereignisse, für die Sommermonate aber nicht unbedingt. Da ist die Variabilität von Jahr zu Jahr bedeutend stärker als etwas, das man Trend oder Tendenz nennen kann. Wir tun uns deshalb schwer zu sagen, dass wir heute schon einen klaren Zusammenhang mit dem Klimawandel sehen.“ Das wird durch die im Mai 2021 veröffentlichte Analyse des Umweltbundesamtes bezüglich der Veränderungen der Niederschlagshöhen zwischen 1881 und 2020 bestätigt: Es gebe zwar einen „leichten Anstieg ... in der Zeitreihe der jährlichen Niederschläge in Deutschland“, jedoch nicht in den warmen Sommermonaten. Ganz im Gegenteil: Während die Winterniederschläge etwas zugenommen hätten, seien „die Niederschläge im Sommer geringfügig zurückgegangen“.

UN-Weltklimarat

Und die Prognosen für die Zukunft fallen sehr viel besser aus, als es die Klima-Apokalyptiker, die ständig auf „wissenschaftliche Erkenntnisse“ verweisen, glauben machen wollen. So veröffentlichte ein Forscherteam um Maurice F. Huguenin von der australischen University of New South Wales im April vergangenen Jahres einen Artikel in der Fachzeitschrift „Geophysical Research Letters“ mit dem Titel „*Fehlende Veränderungen bei der projizierten Frequenz und Persistenz atmosphärischer Zirkulationstypen über Mitteleuropa*“, in dem es hieß, dass die Klimamodelle „wärmere und trockenere zukünftige Sommerbedingungen in Mitteleuropa ... prognostizieren“. Noch deutlicher wurde der UN-Weltklimarat (**IPCC**), dessen Berichte als „Goldstandard“ der Klimaforschung gelten und der eigentlich zu den Vorreitern des Klima-Alarmismus zählt, im Jahre 2019 in seiner Studie „Der Einfluss von 1,5 Grad globaler Erwärmung auf natürliche und menschliche Systeme“: Wenn die Temperatur derart steige, **werde es in Zukunft weniger Hochwasser in Westdeutschland geben.**

Bausünden – Was wirklich etwas bringen würde :

Weniger Flächen versiegeln. Flüsse weniger umleiten. Weniger Mais anbauen. Mehr Rückhaltemöglichkeiten bereithalten.

Der menschliche Machbarkeitswahn, der sich unter anderem darin äußert, Regionen zu besiedeln, in denen es regelmäßig Naturkatastrophen gibt, ist auch eine Folge dessen, dass die früheren Schadensereignisse verdrängt werden, sobald sie nur lange genug zurückliegen. Und wenn man sich doch erinnert, dann obsiegt der Glaube an die heute sehr viel größeren technischen Möglichkeiten zur Vorsorge. Doch statt von diesen tatsächlich Gebrauch zu machen, wird lieber Geld in den „Klimaschutz“ investiert.

Dazu kommen Bausünden, wie beispielsweise die zunehmende Versiegelung von Bodenflächen, sodass kein Wasser mehr versickern kann. Jeden Tag verschwindet in der Bundesrepublik Deutschland eine Fläche von 100 Hektar unter Asphalt oder Beton.

Zudem wurden lange Zeit viele der kleineren Flüsse kanalisiert und dabei in unnatürliche Richtungen gelenkt. Das erhöht die Gefahr, dass sie bei starker Wasserführung in ihr altes Bett zurückkehren. So wie die Weißeritz, die im August 2002 statt in einem aufgezwungenen Links-Knick zu fließen, den früheren geraden Weg wählte, der nun schnurstracks durch den Hauptbahnhof und das historische Stadtzentrum von Dresden führte. Der Drang, Wasserläufe nach Gutdünken umzuleiten, ist seit der industriellen Revolution und dem schnellen Wachstum der Städte besonders ausgeprägt. Dabei wurde und wird kaum einmal wirklich komplex gedacht. Deshalb finden sich in den Mittelgebirgsregionen, in denen die Hochwasser letztlich meist entstehen, viel zu wenige Rückhaltemöglichkeiten. Oder die Staubecken liegen an der falschen Stelle, sprich nicht oberhalb, sondern unterhalb der zu schützenden Ortschaften. So geschehen beispielsweise im Falle von Remagen-Unkelbach, was die Fraktion der Freien Wähler im Kreistag Ahrweiler schon vor Jahren kritisierte.

Neben solchen Fehlern zeitigt der aus Sicht des Katastrophenschutzes grundsätzlich kontraproduktive **„Kampf gegen den Klimawandel“ fatale Folgen**. Vielfach resultiert die Bodenversiegelung im Bereich von Wald- und Wiesenflächen aus dem Bau unzähliger Windkraftanlagen. Jede einzelne davon braucht ein massives Betonfundament von bis zu 20 Metern Durchmesser.

Ähnlich schädlich ist der großflächige Anbau von Mais zum Zwecke der Erzeugung von Biokraftstoffen oder Biogas. Die Mais-Plantagen haben überall Getreidefelder und Wiesen verdrängt, die ungleich größere Regenmengen aufnehmen können. Ansonsten sind aber auch Landwirtschaftsbetriebe, die keinen Mais produzieren, Bremser in puncto Hochwasserschutz. Sie verhindern die Wiederherstellung der ursprünglichen Flusslandschaften, weil sie das dafür benötigte Land nicht freigeben und stattdessen auf den Erhalt von Deichen und ähnlichem pochen. Dadurch fehlen Überschwemmungsflächen, was flussabwärts zu höheren Wasserständen führt.

All diese Probleme sind bekannt – und auch relativ einfach lösbar. Aber die Politik kapriziert sich lieber weiter auf das utopische Stoppen der „Erderwärmung“. W.K.

=====

)* Anmerkung der EIKE-Redaktion :

Dieser Aufsatz ist zuerst erschienen in der **Preußischen Allgemeinen Zeitung**; 30. Juli 2021, S.2; EIKE dankt der PAZ-Redaktion sowie dem Autor **Wolfgang**

Kaufmann für die Gestattung der ungekürzten Übernahme, wie schon bei früheren Artikeln : <https://www.preussische-allgemeine.de/> ; *Hervorhebungen im Text*: EIKE-Redaktion.

=====

Weniger Todesfälle und Schäden*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 16. August 2021

Martin Schlumpf (Red. WELTWOCHE)*

Meldungen über die schadenreichen Überschwemmungsfolgen machen betreten, vielerorts ist jetzt Hilfe nötig. Derweil darf aber die Einordnung der Ereignisse nicht dem rot-grünen Lager überlassen bleiben, das für die heftigen Regenfälle sofort den Klimawandel als Ursache sieht und das für Propaganda nutzt. Wetter ist nicht Klima. Wetterereignisse sind chaotisch in ihrer Stärke und ihrem Auftreten, Klima aber ist vom Weltklimarat definiert als «Durchschnittswetter über dreissig Jahre», also Zusammenfassungen von Wetterdaten über Jahrzehnte.

Auf die Gegenwart bezogen, sind drei Fragen zu beantworten:

- () Häufen sich die Unwetter ?
- () Gibt es mehr Todesopfer ?
- () Nehmen die materiellen Schäden zu ?

Bundesrätin Simonetta Sommaruga hat diese Fragen mehrmals öffentlich bejaht.

Um gut die Hälfte abgenommen

Statistische **Antworten findet man in Publikationen der Eidgenössischen Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL)**. Den ersten beiden Fragen gilt eine Studie von 2017: «Todesfälle durch Naturgefahrenprozesse in der Schweiz von 1946 bis 2015». Unter Naturgefahrenprozessen verstehen die Forscher Hochwasser, Rutschungen, Murgänge, Felsstürze, Windstürme, Blitzschläge, Lawinen und weitere Prozesse – ausser Hitzewellen alles, was durch die Klimaerwärmung beeinflusst werden könnte. Die siebzigjährige Beobachtungsperiode, die mit den ersten aufgezeichneten Daten beginnt, ermöglicht klimabezogen relevante Aussagen.

Für den gesamten Zeitraum wird ein Total von 1023 Todesfällen

ausgewiesen, im Durchschnitt also 15 pro Jahr. Das entspricht 0,025 Prozent aller Todesfälle in der Schweiz oder zwei bis drei Tote pro Million Einwohner. Das Risiko, bei einem Autounfall zu sterben, beträgt das Sechzigfache.

Ist über die Zeit hinweg ein steigender Trend erkennbar? Im Gegenteil. Die Forscher teilten den Betrachtungszeitraum in zwei Hälften: In der ersten gab es 747, in der zweiten 276 Todesfälle. Das wörtliche Fazit der Studie: **«Die Verteilung der Todesfälle von 1946 bis 2015 zeigt einen statistisch signifikanten Rückgang über die Zeit.»** Auch die folgenden Schadensberichte bis 2019 ändern nichts an diesem Trend. Und aus den Tabellen der Studie lässt sich herauslesen, dass **auch die Zahl der Naturkatastrophen um gut die Hälfte abgenommen hat.**

Sommaruga sieht es anders

Aber **steigen – angesichts des gestiegenen Wohlstands – eventuell die materiellen Schäden?** Die **Antwort** auf diese dritte Frage gibt eine «Unwetterschadens-Datenbank», ebenfalls aus dem WSL, in der seit 1972 die jährlichen Schäden aus Hochwasser, Murgängen, Rutschungen und Sturzprozessen gesammelt werden. Eine Studie, die für den Zeitraum von 1972 bis 2019 vergleichbar gemachte Kosten ausweist, kommt zum Schluss, dass es zwar keinen wissenschaftlich signifikanten Trend gibt, dass aber **alle drei untersuchten Szenarien leicht absteigende Mittelwertsgeraden zeigen.**

Damit sind alle drei oben gestellten Fragen beantwortet – ganz anders, als dies von Frau Sommaruga zu hören ist. Auf meine Anfrage an die Bundesrätin zu dieser Diskrepanz kam zuerst die Kritik, mein Betrachtungshorizont sei zu kurz für meine Folgerungen. Wenn dem aber so wäre – dann gälte das genauso auch für ihre Behauptungen, in den jüngsten Wettervorfällen liege ein Trend zur Verschlimmerung. Meine Zusammenfassung der Studien mit den Worten: «Die Anzahl der Ereignisse und der Todesopfer von Naturgefahrenprozessen ist in den letzten sieben Jahren zurückgegangen. Sogar die davon verursachten nominell gestiegenen Schäden entpuppen sich normalisiert als abnehmend», wies das **Bundesamt für Umwelt** wie folgt zurück: «Beide Aussagen sind falsch, weil sie einen Trend darstellen, der nicht aus der Todesfallstatistik und der Unwetterschadens-Datenbank abgelesen werden kann.»

Damit stellt sich das Amt aber gegen seine bundeseigenen Studienresultate. Man kann es drehen und wenden, wie man will: **Zunehmende negative Folgen sind in den Zahlen nicht erkennbar, aber da ignorieren die Klimaaktivisten die Wissenschaft.**

=====
)* *Anmerkung der EIKE-Redaktion* :

Dieser Artikel ist zuerst erschienen in der WELTWOCHEN Zürich : | Die

Weltwoche, Nr. 29 (2021) | 22. Juli 2021 ; EIKE dankt der Redaktion der WELTWOCHEN und dem Autor **Martin Schlumpf** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme des Beitrages, wie schon bei früheren Beiträgen : <http://www.weltwoche.ch/>; *Hervorhebungen und Markierungen v.d. EIKE-Redaktion.*

=====

Die Natur ist stärker als der Mensch*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 16. August 2021

Roger Köppel (Red. WELTWOCHEN)*

Über 160 Menschen sind gestorben, Hunderte werden noch vermisst. Die Bilanz der Unwetter in Deutschland ist verheerend. Der Schaden ist immens, das Versagen der politischen Elite kolossal. Jetzt steigen sie fotogen auf den Sandsäcken herum und orakeln über Klimaschutz. Man verbitte sich «vorschnelle Schuldzuweisungen», fordern die Politiker.

=====

Egal, was bei den Abklärungen herauskommt. Am Endresultat wird sich nichts ändern. **Die politische Führungselite der Bundesrepublik ist an der elementarsten Staatsaufgabe krachend, umfassend gescheitert:** die eigenen Bürger vor absehbaren Gefahren zu schützen. Es ist ja nicht so, dass die Fluten aus heiterem Himmel kamen. Die Behörden waren vor der Katastrophe gewarnt. Seit Tagen.

Was für ein Bild der politischen Unfähigkeit, der Impotenz: Eben noch hatten wir den allzuständigen Gesundheits- und Lebensretterstaat, der mikroskopischen Viren unerbittlich hinterherjagt, die Bürger einsperrt, Freiheitsrechte kassiert und alle Skeptiker und Abtrünnigen zu Gesetzlosen erklärt, die es mit voller polizeilicher Wucht in Schach zu halten gelte.

Wehe, irgendein «Corona-Leugner» wagte es während der letzten Monate, die behördlichen Gebote zu missachten. Die Wasserwerfer der Polizei waren in Lichtgeschwindigkeit zur Stelle, die Megafone und die Notfallkommandos. Nun aber, als man die Leute hätte warnen, instruieren, evakuieren sollen, scheinen die Einsatzwagen in den Garagen geblieben zu sein. Eine britische Hydrologin spricht von «monumentalem Systemversagen».

Und die deutschen Experten? Sie waren wohl zu sehr damit beschäftigt,

das Klima in fünfzig bis hundert Jahren vorauszusagen, anstatt die Gegenwart zu sehen. Nachgerade zynisch sind die Klimaforscher, die noch während der Katastrophe, als Leute in ihren Häusern ertranken, die Regenfluten fast triumphierend als unumstösslichen Letztbeweis für ihre planetarischen Untergangsvisionen deuteten.

Nähern wir uns hier tatsächlich wieder vorneuzeitlichen Weltanschauungen? Auch damals glaubten Gelehrte und Medizinmänner, die «Signale der Natur» (Reto Knutti) lesen zu können, mit der Umwelt zu kommunizieren, als wäre diese eine Person, beseelt, eine Gottheit, die von den frevlerischen Menschen periodisch verärgert werde und deshalb Rache übe, Vergeltung nehme durch Missernten und Katastrophen, es sei denn, man stimme die zornige Göttin durch Opfergaben gnädig.

Jetzt geht die Suche nach den Schuldigen los. Die Grünen fordern mehr Geld und mehr Verbote fürs Klima. Es erschallt der Ruf nach noch mehr Zentralismus. Typisch. Seit Jahrtausenden missbrauchen Politiker automatenhaft jedes Unglück, jeden Krieg, jede Krise, jeden Vorfall, jedes Vorkommnis, jede Prognose, um daraus die Forderung nach noch mehr Staat, das heisst: nach noch mehr Macht und Geld für die überblähte Politik, also für sich selber, abzuleiten.

Zentralismus aber ist Gift. Bereits heute machen die Staaten fast alles. Deshalb machen sie fast nichts richtig. Vor lauter Gleichstellung, Genderismus, Ausländerintegration, Sozialfürsorge, Sprechverboten, Bildungs-, Gesellschafts- und Klimapolitik sind sie nicht mehr in der Lage, jene Aufgaben zu erfüllen, für die sie eigentlich erfunden wurden: die Bürger zu schützen, dort, wo sie es alleine nicht können, bei Kriegen oder Katastrophen, wenn die Behörden dann tatsächlich gefordert wären.

Vielleicht liegt hier auch ein Grund, warum die Schweiz besser durch die Unwetter gekommen ist. Wir haben weniger Berufspolitiker als Deutschland. Föderalismus, Kantönligeist, lokale Eigenverantwortung, Milizsystem, geordnete Anarchie: Das Krisenmanagement scheint besser zu funktionieren, weil noch nicht ganz alles von unten nach oben delegiert, hochgeschoben wurde. Zwar zerren auch bei uns die Politiker mehr Macht an sich, aber der kulturell verankerte Widerstand ist grösser. Noch.

Und bitte keine Missverständnisse: Niemand ist gegen Umweltschutz und saubere Luft. Es ist eine Frechheit, dass man sich heute vor den Medien dauernd rechtfertigen muss, wenn man nicht automatisch einsteigt auf die rot-grüne Klimapolitik, die dem Klima wenig, den Politikern dafür umso mehr hilft. Die Grün-Roten haben dank ihren Komplizen, den Medien, den Umweltschutz gekapert, in Geiselhaft genommen, um damit ihren Ökosozialismus voranzubringen. Fast niemand hinterfragt es. Das ist gefährlich.

Der Mensch ist nicht das Mass aller Dinge. Sosehr wir uns auch bemühen, den Thron des Schöpfers zu erklimmen, es wird nicht gelingen. Es gibt

grössere Mächte auf dieser Welt. **Fahrt Elektro, dann gibt es keine Unwetter mehr.** Opfert euren Wohlstand und die Marktwirtschaft, damit die Sonne nicht mehr böse ist.

Die Idee, dass der Mensch das Wetter und das Weltklima bequem steuern kann wie bei sich zu Hause die Zimmertemperatur, übertrumpft sogar den Aberglauben der Naturvölker, die wenigstens über sich noch einen Gott geduldet haben.

Die Natur ist stärker als der Mensch. Wer das akzeptiert, hat schon viel erreicht. Dann nämlich geht es darum, das zu tun, was Menschen immer schon getan haben: Man passt sich an. Man ist demütig. Man ist erfinderisch. Am anpassungs- und überlebensfähigsten sind freiheitliche, demokratische, offene, flexible Gesellschaften. Ihr Gegenteil ist der autoritäre, intolerante, auf Neid und Machtgier, also auf Sand gebaute rot-grüne Öko-Staat. Ihn zu verhindern, ist der grösste Gefallen, den wir uns und der Natur tun können. **R. K.**

=====

)* *Anmerkung der EIKE-Redaktion :*

Dieser Artikel ist zuerst erschienen in der WELTWOCHEN Zürich : | Die Weltwoche, Nr. 29 (2021)| 22. Juli 2021 ; EIKE dankt der Redaktion der WELTWOCHEN und dem Autor **Roger Köppel** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme des Beitrages, wie schon bei früheren Beiträgen : <http://www.weltwoche.ch/> ; *Hervorhebungen und Markierungen v.d. EIKE-Redaktion.*

=====